

Bezugspreis:
Erscheint 21. - 21. monatlich 7. - 21.
für ins Haus portofrei zahlbar.
Bestellungspreis: 21. - 21.
Bestellungspreis: 21. - 21.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 28. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Die Einladung an Deutschland.

Durch Italien.

Heute vormittag hat der italienische Geschäftsträger,
Botschafter de Martino, dem Reichskanzler die bereits be-
kannte Entente-Note überreicht, mit der die Konferenz in San
Remo abschloß. Der Text stimmt mit dem von Sabas ver-
öffentlichten überein. Unterzeichnet ist die Note vom
italienischen Ministerpräsidenten Ritti.

Der 1. Mai in Frankreich.

Paris, 28. April. (Z. N.) Am 1. Mai wird in ganz
Frankreich der Postbetrieb ruhen. Der Fernsprechver-
kehr wird für zwei Stunden eingestellt werden, die Zeitun-
gen erscheinen nicht.

Studententerror in Wien.

Wien, 27. April. Im Verlaufe einer Auseinandersetzung, die
gestern in einer Studentenversammlung vor dem Rai-
haufe begonnen hatte, entfernten heute früh die deutschnationalen
Hochschüler alle jüdischen und sozialistischen Studenten aus der
Universität. Es kam hierbei zu Tätlichkeiten und Einschleichen der
Polizei, welche Studenten beider Parteien verhaftete. Als mitt-
tags gegen tausend deutschnationale Studenten
die Universitätsrampe besetzt hielten, erschien ein
Kommunistenführer. Wie die Mütter melden, verlangte er beim
Chef der Staatspolizei unter Drohung mit dem Eingreifen der
Kommunisten die Entlassung der sozialistischen Studenten und
die Räumung der Universitätsrampe. Schließlich veranlaßte die
Polizei die deutschnationalen Studenten, abzugeben. Das Uni-
versitätsgebäude wurde sodann geschlossen.

Das Rektorat verfügte die vorläufige Schließung der
Universität und die Einstellung der Vorlesungen. Die
amerikanische Mission wurde wegen der Verhörungen
in der von amerikanischer Seite eingeschickten jüdischen mensa
academica bei der österreichischen Regierung vorstellig. Tische-
schische und polnische Studenten, die bei den Zusammen-
stößen verletzt wurden, haben bei ihren Gesandten Beschwerde ein-
gereicht.

Die Nationalversammlung bleibt zusammen.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat
heute vormittag beschlossen, daß nach der Vertagung, die vor-
ausichtlich morgen erfolgen wird, noch eine neue Sitzung zum
19. Mai einberufen werden soll, die sich mit den Fragen der
Wiedergutmachung und der Bergesellschaft
fung der Kohlen- und Kaliwirtschaft beschäf-
tigen soll.

Die Tagungsdauer der Nationalversammlung wird sich
also bis in die nächste Nähe der Neuwahlen erstrecken.

Verschleppung des Reichswirtschaftsrates.

Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Sitzung den Beschluß
gefaßt, an der Verordnung über den vorläufigen Reichswirt-
schaftsrat, die am 6. August 1919 in Kraft getreten war, noch
wesentliche Änderungen vorzunehmen. Das Kompromiß
über die Verteilung der Industrie, das nach langen
schwachen Verhandlungen am 6. August d. J. zustande gekommen
war, sollte fallen gelassen, 14 Vertreter der Arbeitgeber von
den Handelskammern und nur 16 von der Reichsarbeitsgemein-
schaft benannt werden. Außerdem will man dem Deutschen Land-
wirtschaftsrat neben den übrigen Vertretern der Landwirtschaft eine
Vertretung zuerkennen.

Mit diesen Beschlüssen, die eine bedeutende weitere Ver-
schleppung des Reichswirtschaftsrates bedeuten, steht
sich der Reichsrat dem in den Gegenseitigen zur Volksmehr-
heit. Die Volksmehrheit verlangt das Zustandekommen eines
Reichswirtschaftsparlamentes ohne Verzug, der Reichsrat aber hat
es fertig bekommen, daß die Vorlage jetzt bereits über vier Monate
unvollendet daliegt, weil die Wünsche der Handelskammern
vertretungen in den Ministerien der einzelnen Länder,
insbesondere aber in Preußen ein williges Ohr gefunden haben.
Dah der Handelskammern schließlich ihre Erstgenannte über das
Volksinteresse geht, ist weiter nicht zu verwundern. Un-
verantwortlich aber ist es, wenn Ministerien und Länderregierungen
sich diesen reinen Interessentensandpunkt zu eigen machen. In der
Wirkung läuft das ewige Verhandeln auf die Verzögerung der
anarchischen Wirtschaft hinaus. Denn wenn es noch einmal von
Anfang an losgehen soll, ist auf den Zusammenritt des gesetzlichen
Wirtschaftsparlamentes im nächsten Halbjahr überhaupt nicht zu
denken. Es kann uns vor den Wahlen nur erwünscht sein, wenn
Vertreter der Sozialistischen Partei, die die Handelskammern und
ihre Verbündeten zu ihrem Besten zählt, ihre Quertreibereien
gegen die organisierte Wirtschaft so offen zur Schau
stellen. Im Interesse des Volkes aber müßten wir hoffen, daß die
Verhandlungen im Reichsrat, die heute fortgesetzt werden, noch ein
praktisches Ergebnis zeitigen.

Flüssiges Benzin.

Deutschnationale als Spartakisten.

Am 16. April berichteten wir über die Sprengung der
Techniker-Versammlung in der Union-Druckerei, bei der Ge-
nosse Franz Krüger schwer mißhandelt wurde. Dem Anschein
nach handelte es sich um linksradikale Elemente, von denen
der Tumult ausging. Sicher waren auch solche dabei. Aber
wem sie als Werkzeug dienten, das mögen sie jetzt aus folgen-
dem Brief erfahren, den der „Kurier“, das Organ des Trans-
portarbeiterverbandes, veröffentlicht und den wir mit geringen
Änderungen nachstehend wiedergeben:

Bürgerbund Heimatschutz. Berlin, den 16. April 1920.

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Gestatten Sie, daß ich auf diesem Weg noch mit einigen
Worten auf unsere lehrreich geführte Unterhaltung eingehe. Ich
nehme an, daß auch Sie gewisse Zeitungen vom Freitag verfolgt
und aus den Berichten erinnummen haben, daß mein Plan sich
durchaus gut bewährt hat.

So wie in der Versammlung der Techniker vorgegangen
wurde, muß in allen ähnlichen Fällen verfahren
werden. Unsere Aufgabe kann und darf keine andere sein, als die
auf dem Wege des Friedens befindlichen feindlichen Brüder unter
allen Umständen auseinander zu bringen und den größten Wir-
rwar in ihren Reihen anzurichten.

Der Geheimrat! Unsere Stoßtruppe haben ganz vor-
züglich gearbeitet, und man muß schon selbst an Ort und Stelle
gewesen sein, um sich ein Bild von dem geschickten Ope-
rieren machen zu können. Nachdem der beabsichtigte Koch da
war, haben sofort große Teile von Versammlungsbesuchern flucht-
artig den Saal verlassen, und ich selbst habe mich durch
Unterstützung mit den Leuten davon überzeugen können, daß sie von
den größten Abscheu solcher Zusammenkunft er-
griffen sind und nie und nimmer solchen Einladungen Folge leisten
würden, in der sie ihres Lebens nicht sicher sind. Der Erfolg ist
damit gegeben und das von uns gesteckte Ziel schließlich erreicht. Der-
vorherige will ich noch besonders, daß sich unsere Leute in der Rolle
extremster Kommunisten sehr gut benommen haben und von den
wahrhaften wenig zu unterscheiden waren.

Nachdem die Geschichte im Gange war, konnten sich unsere
Leute geschickt zurückziehen und den Wildkommunisten das weitere
überlassen, die dann die weitere Verführung bis zur Reize besorgt
haben.

Herr Geheimrat! Auf eins möchte ich bei dieser Gelegenheit
noch aufmerksam machen, nämlich, daß wir neben den kommunisti-
schen auch eine Anzahl U.S.P.-Redner heranzubilden müssen. Es
können sich Verhältnisse ergeben, wo nur diese Richtung ins Treffen
zu führen ist, und da müssen unsere Leute bereit sein mit dem ein-
schlägigen Material vertraut gemacht werden. Solche Fälle
werden hauptsächlich außerhalb Berlins in Frage kommen, und da
gerade die Einigungsbestrebungen außerhalb weit
härter sind, so wird dort besonders eingegriffen sein, um ein
Abstreifen mit Erfolg zu bewirken. Ich schlage daher vor, daß alle
angehörigen Sünden der S. P. D. schnellstens zu sammeln und zu-
sammenzustellen sind und unseren Leuten zugänglich zu machen.
In Hand von Beispielen muß ihnen beigebracht gemacht werden,
wie die verschiedenen Situationen ergriffen und ausgenutzt werden
können. Herr Geheimrat! In solchen gesammelten Material steht
flüssiges Benzin, und mit Leichtigkeit kann durch solches Hinein-
werfen der größte Brand entzündet werden, der angetan ist, evtl. be-
stehende Einigungsbestrebungen sofort zu erschüttern. Dadurch er-
langen wir die folgerichtige Absicht, anstatt Einigung, einen tosen-
den und brodelnden Vulkan.

Herr Geheimrat, nun noch ein paar Worte zum Schluß: Wir
brauchen noch weiteres, und das ist Geld! Unser Unternehmen
muß, soll es gelingen, reichlich finanziert werden. Die Be-
denken, die bei einigen Ihrer Herren noch bestanden, müssen in
anbetracht des Ernstes der Zeit schwinden. Es muß den Herren
klargemacht werden, daß, wenn unser Plan gelingt, er in seiner
Wirkung weit höher zu bewerten ist, als das Unternehmen von A.
und B. im März d. J. — Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich die
Soffnung ausdrücke, daß Sie in Ihren Kreisen nochmals meinen
Vorschlag eingehend diskutieren und das Unternehmen finan-
ziell unterstützen.

In diesem Sinne verbleibe ich
mit vorzüglicher Hochachtung
Ihre v. L.

Also so wirds gemacht! Wir kennen noch andere Fälle,
wo sich scheinbare kommunistische Rämmacher zum Teil als
deutschnationale Spindel entpuppten, z. B. in der
letzten öffentlichen Versammlung des Republikanischen
Führerbundes. Uns würde das erheitern, wenn nicht tatsäch-
lich in jedem Falle das unsagbar Traurige und
klägliche einträte, daß sich linksradikal
verheißene Arbeiter von diesen Elementen
ins Schlepptau nehmen lassen und dann, wie es
in dem Schreiben so schön heißt, den Rest des Vernich-
tungswerks besorgen, während die eigentlichen Macher
sich geschickt zurückziehen.

Arbeiter, Augen auf! Seht Euch die Ra-
daubruder und Versammlungsprenger
genau an!

Zwei Schläge ins Gesicht.

Der 27. April wird in der Geschichte der deutschen
Republik als dies ater, als Tag des Unheils, vermerkt
werden. Durch die Ablehnung der Erklärung des 1. Mai
zum gesetzlichen Feiertag und durch die Verweigerung der
Bezahlung der Generalstreiktage sind dem Volk zwei
Schläge ins Gesicht gegeben worden, für das es seinen
Feinden die Antwort nicht schuldig bleiben wird.

Im achtzehnten Monat der Revolution wagt es eine
kompakte bürgerliche Mehrheit, die Forderung der breiten
Massen des Volkes nach verfassungsmäßiger Festlegung
eines Feiertages, eines Volksfeiertages, hohn-
lachend abzulehnen. Sie wagt es, und erweist sich damit als
jene reaktionäre Masse, die, gleichgültig ob Angehörige der
liberalen oder der konservativen Weltanschauung
in ihr vertreten sind, von jeher in entscheidenden Fragen die
Rechte des Volkes mit Füßen trat. Es ist von unserem Ge-
nossen im Landtage darauf hingewiesen worden, daß noch vor
einem Jahre Zentrum und Demokraten in der
Nationalversammlung eine andere Stellung zum 1. Mai ein-
nahmen als heute. Diese selbstverständliche Feststellung wurde
bei den Demokraten und im Zentrum mit großer Unruhe be-
antwortet. Als Genosse Heilmann darauf hinwies, daß vor
einem Jahre Erzberger, Fehrenbach und Pfeiffer
damals für den 1. Mai gestimmt hätten, wurde diese Fest-
stellung durch den läppischen Jurist im Zentrum: „Die haben
inzwischen alle zugelernt!“ beantwortet, ein „Wiß“, der be-
zeichnenderweise von der Mehrheit des Hauses mit schallender
Weiterkeit quittiert wurde.

Die Verdrängungspolitik, die seitens der bürgerlichen
Parteien durch die Ablehnung des sozialdemokratischen An-
trages unserer Genossen gegenüber getrieben wurde, wird
durch die ungeheure politische Dummheit, die aus dieser
Politik spricht, fast in den Schatten gestellt. Die Verur-
wortung der Reichsarbeitsunde durch
Denrburg, die Verdrängung der republikanischen Elemente
aus der Reichswehr, die versteckten Aufforderungen
der deutschnationalen Agrarier an die Bauern zur Aus-
hungern der städtischen Bevölkerung, Kapp-Butsch,
Erzberger-Attentat, Fall Heilmann — alle diese
Punkte, so verschieden voneinander und so bunt durchein-
ander gewürfelt sie auch zu sein scheinen, sie alle sind auf
ein geistiges Prinzip zurückzuführen, das Prinzip der
Bürgerlichkeit, der Engstirnigkeit, des politischen und mora-
lischen Spießbüttens. Es ist der gleiche Geist, der durch
moralische Unterstützung der Kapp-Verbrecher das arbeitende
Volk in neue Fesseln der Ausbeutung zu schlagen suchte, es ist
der gleiche Geist, der dem Volke durch Verweigerung seines
Feiertages den nachdrücklichen Beweis von der immer noch
verachteten Stellung erbringt, die es in den Augen jener
„Herren“ einnimmt.

Die Forderungen, für die das Proletariat aller Länder
am 1. Mai demonstriert, sind bei weitem nicht erfüllt. Wohl
haben wir den Achtstundentage — an dem
jedoch gewisse bürgerliche Kreise wieder zu rütteln suchen —,
wohl haben wir die politische Gleichberechtigung aller
Männer und Frauen, wohl haben wir die Republik er-
kämpft. Aber es gilt, das Errungene auszubauen, es gilt,
den Militarismus, der noch heute sich über Gebühr
breit macht, restlos zu beseitigen und bis zur Vernichtung zu
schlagen. Nach wie vor ist das aus den arbeitenden Massen des
Volkes hervorgegangene Meer für uns das Ideal einer Reichswehr,
in ihrer gegenwärtigen Form aber können wir nicht einmal
die Spuren dieses Ideals erblicken. Darüber hinaus be-
deutet die Demonstration des 1. Mai eine Demonstration für
den Frieden der Welt. Das Proletariat aller Länder
vereint sich an diesem Tage, um gemeinschaftlich seinen
Protest gegen das kapitalistische und militaristi-
sche System auszudrücken, das es zu Lohnsklaven herab-
drückt und eine ständige Gefahr für den Völkerrfrieden be-
deutet. Diese Gesichtspunkte gelten noch heute in vollem
Umfange, und deshalb werden wir — trotz des Beschlusses
der Bürgerlichen, vielmehr gerade wegen dieses Beschlusses
— den 1. Mai durch vollkommene Arbeitsruhe feiern.

Die Ablehnung der Bezahlung der Streiktage
ist der zweite Schlag, der am gestrigen Tage gegen das Volk
geführt wurde. Um den Beschluß in seiner ganzen
empörenden Tragweite zu fassen, vergegenwärtigen wir uns
die Situation der Märztag des Jahres. Als Kapp und
Lüttich sich als Vorkämpfer hier eingesetzt hatten, da
hörte man in den Schichten des Volkes bis weit in die Kreise
des Bürgertums hinein nur eine Stimme: Das Verbrechen
des Butsches ist mit dem Generalstreik zu beantworten!
In vollkommener Einmütigkeit forderten damals nicht nur die
Sozialdemokratische und die Unabhängige Sozialdemokratische
Partei zum Generalstreik auf, sondern auch die Deutsch-
demokratische Partei rief offiziell ihre Mitglieder
zum Generalstreik. Darüber hinaus standen weite Kreise des
Zentrums dem Generalstreik des Volkes mit aufrichtiger
Sympathie gegenüber, und lediglich taktische Rücksichten
auf ihre Stellung als christlich-soziale Partei verhinderte das





